

12.02.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2222
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos
Drucksache 14/5997

Erkenntnisse über „pro NRW“

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2222 vom 10. Januar 2008:

Die Arbeitsstelle Neonazismus / Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf hat am 27. November ihre Studie zum „Rechtspopulismus in Gestalt einer ‚Bürgerbewegung‘: Struktur und politische Methodik von „pro NRW“ und „pro DEUTSCHLAND“ vorgestellt.

Darin kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass die am 6. Februar 2007 gegründete Partei „pro NRW“ als Bürgerbewegung auftritt, um ihre „ausländerfeindliche Ideologie“ zu verbreiten. Insbesondere versuche sich „pro NRW“ als Anti-Islam-Partei zu etablieren.

Das NRW-Innenministerium schreibt in seiner Pressemitteilung vom 1. Oktober 2007, dass sich NPD und „pro Köln“ auf die Kommunalwahl 2009 vorbereiten und dass dazu die ‚Führungsfunktionäre‘ von ‚pro Köln‘ in Anlehnung an ihr Konzept in Köln landesweit unter der Bezeichnung ‚pro NRW‘ aufgestellt und weitere Bürgerinitiativen in mehreren Städten initiiert [haben]“.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung in Bezug auf die rassistische Ideologie und Strategie von „pro NRW“ vor?
2. In welchen Städten gibt es bislang Kreisverbände von „pro NRW“?
3. Welche Kooperationen von „pro NRW“ mit etablierten rechtsextremistischen Organisationen und Parteien gibt es?

Datum des Originals: 11.02.2008/Ausgegeben: 14.02.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

4. Inwieweit ordnet die Landesregierung „pro NRW“ dem rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Spektrum zu?
5. Welche Erkenntnisse liegen über Finanzquellen (Spenden etc.) von „pro NRW“ vor?

Antwort des Innenministers vom 11. Februar 2008 namens der Landesregierung:

Vorbemerkung

In Anlehnung an die Strategie von „pro Köln“ bereitet sich der im Februar gegründete Verein „pro NRW“ als Regionalpartei auf die Kommunalwahl 2009 vor. Zu diesem Zweck hat die Partei bereits verschiedene Kreisverbände gegründet. „Pro Köln“ wurde bei der letzten Kommunalwahl 2004 mit 4,1% der Stimmen in den Rat der Stadt Köln und alle Bezirksvertretungen gewählt.

Seit dem 14. November 2004 gibt es eine Internetseite www.jugend-pro-nrw.de. „Pro NRW“ beabsichtigt die Gründung einer eigenen Jugendorganisation, ähnlich des „Arbeitskreises Jugend“ von „pro Köln“. Bislang wurde an Schulen u.a. in Köln und Dormagen ein „Jugendflugblatt“ von „pro NRW“ verteilt.

Zur Frage 1

„Pro NRW“ bezeichnet sich selbst als „Anti-Islam-Partei und versucht in Anlehnung an das Konzept von „pro Köln“ mit populistischen Themenfeldern wie beispielsweise „geplante Moschee-Bauvorhaben“, „Kriminalitätsrate bei jugendlichen Ausländern“, über lokale Basisarbeit Wählerstimmen zu bekommen. Ihr Ziel ist die Teilnahme an der Kommunalwahl 2009 sowie an der Landtagswahl 2010.

Zur Frage 2

Nach eigener Aussage von „pro NRW“ bestehen bisher „Untergliederungen“ in den Städten

- Köln
- Gelsenkirchen
- Warendorf (in Gründung)
- Viersen bzw. Nettetal
- im Rhein Sieg Kreis
- in Dormagen

Ferner soll es ausweislich der Homepage von „pro Köln“ eine weitere Untergliederung in Bottrop geben. Eine eigene „pro Bottrop“ Homepage existiert bislang nicht.

Zur Frage 3

Es bestehen unter anderem enge Kontakte zwischen „pro NRW“ und der

- belgischen Partei „Vlaams Belang“
Die Partei „Vlaams Belang“ verfolgt eine ausländerfeindliche Politik. Sie ist Nachfolgerin des „Vlaams Blok“, der sich am 14. November 2004 aufgelöst hat. Grund der Auflösung war eine Entscheidung des belgischen Hohen Gerichtshofes(Kassationshof) vom 10. November 2004, nach der sich der „Vlaams Blok“ schwerer Verstöße gegen das Rassismusbekämpfungsgesetz schuldig gemacht habe und dessen Programm als diskriminierend und rassistisch einzustufen sei. Mit der Entscheidung des Gerichts wurde die Partei von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen und damit faktisch verboten.

- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
Die FPÖ ist eine rechtspopulistische, nationalkonservative Partei, die vor allem durch ihre fremdenfeindliche und EU-kritische Haltung in Erscheinung tritt.
- Bürgerinitiative „Pro München e.V.“
Die Bürgerinitiative „Pro München e.V.“ wurde Mitte Januar 2006 in München gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen unter anderem Personen aus dem Umfeld der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD), der Deutschen Partei (DP) sowie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) teil. In der Öffentlichkeit trat die Gruppierung erstmals am 22. Januar 2006 in einer Münchner Gaststätte auf, um die Perspektiven eines „gemeinsamen politischen Kampfs“ zu erörtern. An der Veranstaltung beteiligten sich Funktionäre und Mitglieder der NPD, DVU sowie Angehörige der neonazistischen Kameradschaft München.

Zur Frage 4

Die Partei „pro NRW“ wurde initiiert von Führungspersonen der Bürgerbewegung „pro Köln“. Nach eigenen Aussagen von „pro NRW“ ist Kernprojekt der Partei eine „Anti-Islamisierungskampagne“. Die Regionalpartei strebt nach eigenen Angaben eine enge Partnerschaft zu den „rechtspopulistischen „Formationen in Europa an.

Zumindest für die Bürgerbewegung „pro Köln“ bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung. Dies hat auch das Verwaltungsgericht Düsseldorf jüngst in seinem Urteil vom 04. Dezember 2007 festgestellt. Dem Verfahren lag eine Klage von „pro Köln“ gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen der Berichterstattung in den Verfassungsschutzberichten 2005 und 2006 zu Grunde.

Zur Frage 5

Keine.